

NACHRICHTEN

Lose Türe an LKW-Anhänger



KERNS red. Ein LKW-Fahrer hat am Dienstag auf der Stanserstrasse in Kerns einen Unfall verursacht, weil er die Türe an seinem Anhänger nicht richtig gesichert hatte. Die Türe löste sich während der Fahrt und schwenkte auf die Gegenfahrbahn. Ein entgegenkommendes Auto wurde stark beschädigt. Ein zweites nachfolgendes Fahrzeug erlitt durch Trümmer ebenfalls Sachschaden. Verletzt wurde niemand. Es entstand aber Sachschaden von über 10 000 Franken, wie die Polizei mitteilt.

Regierung gegen mehr Bundesräte

OBWALDEN red. Der Regierungsrat äussert sich kritisch zum Vorschlag der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats, die Zahl der Mitglieder des Bundesrats von sieben auf neun zu erhöhen. Hintergrund ist eine parlamentarische Initiative für eine angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften im Bundesrat. Nach Ansicht der Obwaldner Regierung ist es «eine Frage des politischen Willens, inwiefern sich das Parlament um die ausgewogene Zusammensetzung des Bundesrats bemüht», heisst es in einer Mitteilung. Ob eine Erhöhung der Mitgliederzahl zu einer tatsächlichen Entlastung führen würde, ist nach Ansicht der Regierung ungewiss.

Zeugenaufwurf: Fahrmanöver

STANS red. Auf der Robert-Durrer-Strasse in Stans ist es am Mittwoch kurz nach 17 Uhr «zu einem Vorfall» zwischen einem Velofahrer und einer Autolenkerin gekommen, wie die Polizei mitteilt. Zu einer Kollision kam es nicht, offenbar aber zu einem gefährlichen Fahrmanöver. Der Zwischenfall ereignete sich auf Höhe der Gärtnerei Kuster, vor dem Fussgängerstreifen. Involviert war die Lenkerin eines dunkeln SUV. Die Kantonspolizei sucht nun Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben (Telefon 041 618 44 66).

Vier Betriebe sind nominiert

OB-/NIDWALDEN red. Zum 12. Mal sind verschiedene Restaurants und Lokale für den Schweizer Publikumspreis «Best of Swiss Gastro» nominiert worden. Insgesamt wurden 211 Betriebe in acht verschiedenen Kategorien ausserkoren. Aus Ob- und Nidwalden sind folgende Lokale dabei: Cantina Carvina (Lungern), Gasthaus Engel (Sachseln), Frutt-Stübli im Hotel Frutt Lodge & Spa (Melchsee-Frutt) sowie das Rio Churrasco (Stansstad).

AGENDA

NUR ONLINE

Einträge für die Agenda unserer Zeitung sind nur über das Online-Portal möglich. Dieses erreichen Sie unter:

www.obwaldnerzeitung.ch/agenda
www.nidwaldnerzeitung.ch/agenda

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an agenda@luzernerzeitung.ch

Kanton fordert eine Hotline

OBWALDEN Der Kanton ist dem geplanten Bundeszentrum auf dem Glaubenberg wohlgesinnt. Er stellt aber klare Forderungen an den Bund.

MATTHIAS PIAZZA
matthias.piazza@obwaldnerzeitung.ch

Das Truppenlager auf dem Glaubenberg ob Sarnen beherbergt ab nächstem Jahr Asylsuchende (Ausgabe vom 22. Mai). Während dreier Jahre will der Bund im temporären Bundeszentrum bis zu 240 Asylsuchende unterbringen. Der Kanton und die Standortgemeinde Sarnen können gegen den Entscheid des Bundes nichts unternehmen, dürfen aber ihre Anliegen und Bedürfnisse einbringen. Davon haben sie, seit der

den-Telefons für die Bevölkerung sowie eine griffige Hausordnung mit Sanktionsmöglichkeiten.

Herausforderung und Chance

Das Bundeszentrum sei für Obwalden eine Herausforderung, vor allem aber auch eine Chance. «Wir setzten uns beim Bund sehr dafür ein, dass vor allem regionale Lieferanten und Firmen für den Betrieb des Bundeszentrums berücksichtigt werden, sei es als Arbeitsplätze für die Bereiche Sicherheit oder Betreuung, Lieferung von Verpflegung oder handwerkliche Arbeiten», so Büchi. «Die Vertreter des Staatssekretariats für Migration haben uns die mündliche Zusicherung gegeben, auf diese Anliegen soweit möglich Rücksicht zu nehmen.» Der Gebäudekomplex wird in zwei Bereiche unterteilt, sodass zum Beispiel

auch das beliebte Jugendlanglaufcenter weiterhin durchgeführt werden kann.

Ebenfalls ein grosses Anliegen ist der Regierungsrätin, dass die Asylsuchenden gemeinnützige Arbeitseinsätze leisten können und damit auch einen geregelten Tagesablauf haben. «Damit wurden während des damaligen Betriebs des Bundeszentrums in Alpnach sehr gute Erfahrungen gemacht.» Die Bewohner entfernten etwa invasive Neophyten oder bereiteten Schwemholz als Brennholz für öffentliche Feuerstellen auf.

Infoveranstaltung im Herbst

Bis September sollten die restlichen Detailfragen geklärt sein. Dabei geht es etwa um das Notfallkonzept oder um Feinabstimmungen zwischen Bund und Kanton, was die Sicherheit betrifft. Ebenfalls im Herbst wollen Bund, Kanton

und die Gemeinde Sarnen die Öffentlichkeit ausführlich informieren.

Eine ähnliche Haltung wie der Kanton vertritt auch die Gemeinde Sarnen. Gerade der Ortsteil Stalden mit 1200 Einwohnern sei unmittelbar vom Bundeszentrum betroffen, schreibt der Gemeinderat in einer Mitteilung.

Ins temporäre Bundeszentrum Glaubenberg kommen mehrheitlich Leute, die noch auf ihren Asylentscheid warten. Ziel des Bundes ist, dass die Aufenthaltszeit nicht länger als 140 Tage beträgt. Je nach Entscheid muss der Asylsuchende in ein anderes Land oder wird einem Kanton zur Unterbringung zugewiesen. «Das Bild des renitenten Asylsuchenden, der nichts mehr zu verlieren hat, trifft nicht zu. Die Leute sind erst mal froh, dass sie in der Schweiz sind», zerstreut Büchi allfällige Befürchtungen.

«Die Leute sind erst mal froh, dass sie in der Schweiz sind.»

MAYA BÜCHI-KAISER,
REGIERUNGSRÄTIN

Entscheid Ende Mai gefallen ist, nun Gebrauch gemacht. «In den Gesprächen mit den Vertretern des Bundes legten wir dar, dass uns ein reibungsloser Betrieb mit einem gut funktionierenden Sicherheits- und Betreuungskonzept ein grosses Anliegen ist», hält die Obwaldner Sicherheits- und Justizdirektorin Maya Büchi-Kaiser fest.

Weiter fordere der Kanton eine Betreuung der Asylsuchenden rund um die Uhr, die Einrichtung eines 24-Stun-



Das Truppenlager auf dem Glaubenberg, wo bald Asylsuchende leben.

Bild Dominik Wunderli

Aus einem Präsidium sollen zwei werden

NIDWALDEN Künftig je ein Präsident für Ober- und Verwaltungsgericht verlangt die Justizkommission. Der Ball liegt nun beim Regierungsrat.

Vergeblich hatte Albert Müller, Ober- und Verwaltungsgerichtspräsident in Personalunion, bisher bei der Regierung angeklopft, man solle eine Neuorganisation der beiden obersten Gerichte ins Auge fassen. Stein des Anstosses: Zurzeit ist lediglich der Präsident selbst berufsmässig als Richter tätig. Wegen der steigenden Geschäftslast und dem strengeren Ausstandsgebot hat sich die Stell-

vertretungsproblematik mehr und mehr verschärft (Ausgabe vom Mittwoch).

Gesetzesrevision noch 2015?

Noch im vergangenen Jahr winkte der Regierungsrat ab. Die finanziell angespannte Lage des Kantons lasse keine Überprüfung der Strukturen zu. Inzwischen hat er eine Kehrtwende vollzogen. Justizdirektorin Karin Kayser bestätigte am Rande der Landratssitzung vom Mittwoch, dass der Regierungsrat an seiner kürzlichen Klausur von sich aus entschieden hat, das Gerichtsgesetz genau auf diese Problematik hin zu überarbeiten. «Wir anerkennen den Handlungsbedarf», so Karin Kayser. Der Prozess sei bereits angelaufen. Die CVP-Regierungsrätin rechnet damit, dass die Gesetzesrevision noch in die-

sem Jahr dem Landrat vorgelegt wird. Dies wird nicht nur im Sinne von Albert Müller, sondern auch von der landrätlichen Justizkommission sein. Diese hat just vor kurzem eine parlamentarische Initiative eingereicht, in der sie entsprechende Massnahmen fordert.

Die Kommission unter dem Vorsitz von Michèle Blöchiger (SVP) plädiert dafür, die Personalunion des Präsidiums für die beiden selbstständigen Gerichte aufzuheben. Stattdessen soll für beide Instanzen je ein berufsmässig tätiger Präsident gewählt werden. Von Amtes wegen würden diese das jeweilige Vizepräsidium des anderen Gerichts übernehmen. «Damit kann die Stellvertretungsproblematik bei beiden Gerichten gelöst werden», heisst es in der Initiative. Der Beschäftigungsgrad soll vom

Landrat festgelegt werden. Die Justizkommission geht derzeit davon aus, dass höchstens ein zusätzliches Pensum von 50 Prozent erforderlich ist. Dies ergäbe eine Lohnsumme von rund 102 000 bis 110 000 Franken. Dafür entfielen im Gegenzug bisherige Entschädigungen an die Vizepräsidenten.

Auch für die Justizkommission ist klar: Die aktuelle Situation ist unbefriedigend. Die jetzigen Vizepräsidenten seien zeitlich nur beschränkt verfügbar, eine wirkliche Entlastung des Präsidenten finde nicht statt. Problematisch seien vor allem Verfahren mit Zwangsmassnahmen, die fristgerechte Anordnung superprovisorischer Massnahmen oder die bereits erwähnten Ausstandsfälle.

OLIVER MATTMANN
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

Amselgesang

Als ich vor einem Monat bei heiterem Sonnenschein und gut gelaunt ein Lied summend die Fenster putzte, schien es mir, als ob eine Amsel meine Melodie nachahmen würde. Der Vogel sass auf dem Wipfel eines kleinen



Franziska Ledergerber

Kirschbaumes. Vielleicht bildete ich mir das aber nur ein, denn die Amsel trillerte bei genauem Hinsehen wie gewohnt ihren wunderschönen Gesang.

Spesseshalber versuchte ich, ebenso zu trillern wie sie, was natürlich gründlich in die Hose ging. Aber siehe da, unerwartet gab der kleine schwarze Vogel ähnliche, ebenso unbedarfte Laute von sich. Es folgte eine Art

gegenseitiges Zwitschern. Die Amsel sang, und ich versuchte ihr zu folgen. Glücklicherweise legte ich mich so richtig ins Zeug. Die Amsel steigerte nun schonungslos die technischen

ICH MEINTI

Anforderungen, sodass mein musikalischer Höhenflug nach und nach auf dem Boden der Ernüchterung landete. Mein Absturz schien ihr Freude zu bereiten, denn sie hüpfte von Baum zu Baum, schaute spöttisch zu mir herüber und sang derweil ihr schönes Lied. Zornig warf ich mit dem nassen Putzlappen nach ihr. Das Vögelchen liess sich davon aber nicht beirren. Es flog aufs Dach und lachte mich von dort her zirpend aus. Hausfrau, bleib bei deinen Lappen, wollte es frech mir zurufen. Dabei kündete die Amsel

lediglich einen Wetterumschlag an. Und wenn ich mir auch einbildete, der Vogel hätte mir etwas mitteilen wollen, dann vielleicht dies, dass meine ganze Putzerei für die Katz sei – und sie war auch für die Katz! Die Niederschlagsmenge und die Windgeschwindigkeit aus Osten wie auch aus Westen erreichten am nächsten Tag im bisherigen Jahreswert das Maximum, und meine makellos klaren Fenster waren daraufhin gesprengelt wie ein Duschvorhang.

Ich würde sagen, der Kuckuck ist einfacher und menschenfreundlicher nachzuahmen als andere Vögel. Sein Zweiklang frühmorgens ist von weit her hörbar. Seine Botschaft ist klar und eindeutig, wie ein Parteiprogramm, kuckuck. Allerdings könnte der Amselgesang für wichtige Erklärungen durchaus sinnvoll sein. Nämlich dort, wo der Inhalt gut getragen werden muss, weil er sonst vor lauter Bedeutungslosigkeit abzustürzen würde, oder dort, wo die Wahrheit schöner klingen sollte, als sie tatsächlich ist.

Kürzlich zeigte zum Beispiel der melodiose Gesang des Genfer Anwaltsverbandes nachweislich seine Wirkung. Die Entscheidungsträger im Nationalrat gaben dem Drängen der Fürsprecher und Lobbyisten nach und beschlossen, die Einziehung von Potentatengeldern neu der Verjährung zu unterstellen. Faktisch bleiben nun die geraubten oder durch Bestechung ergaunerten Gelder im Besitz der Diktatoren. Und darüber hinaus dürfen sich die Anwälte weiterhin in Form von Mandaten an deren Honigtopfen erlaben.

Als Begründung für die Verjährungsklausel bemühten die Befürworter im Nationalrat die Rechtsstaatlichkeit. Als ob Stehlen rechtens sei. Der Obwaldner Nationalrat Karl Vogler sagte dazu: «Der Rechtsstaat gilt für alle. Auch für Diktatoren.» Ab so viel Mitgefühl kommen mir fast die Tränen!

Franziska Ledergerber, Hausfrau und ausgebildete Lehrerin, Hergiswil, äussert sich an dieser Stelle abwechselnd mit anderen Autoren zu einem selbst gewählten Thema.